

Vertheilt: Täglich früh 7 Uhr. Inserate werden angenommen: bis Abend 6, Sonntag bis Mittag 12 Uhr: Marienstraße 18.

Beleg in dies. Blatt haben eine erfolgreiche Verbreitung. Auflage: 18,000 Exemplare.

Dresdener Nachrichten. Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr. Redacteur: Theodor Probiß.

Abonnement: Vierteljährlich 20 Ngr. bei unentgeltlicher Besorgung im's Haus. Einzelne Nummern 1 Ngr. Inseratenpreise: Für den Raum eines gepalteten Zells: 1 Ngr. Unter „Eingelaudt“ die Zeile 2 Ngr.

Druck und Eigenthum der Verleger: Kiepsch & Reichardt. - Verantwortlicher Redacteur: Julius Reichardt.

Dresden, den 30. August.

Als gestern Vormittag gegen 10 Uhr Se. Maj. der König, von Pillnitz kommend, zu Wagen die Schöffergasse passirt hatte und von der Schlossstraße in das Hauptportal des Königl. Schlosses einfahren wollte, glitt das Stangenhandpferd aus, so daß es vollständig zum Fallen kam, nach kurzem Aufenthalt aber durch die Dienerschaft wieder zum Stehen kam, so daß Se. Maj. welcher den Wagen nicht verlassen hatte, die Fahrt in das Königl. Schloß fortsetzen konnte.

Von den verschiedenen Parteien im Königreich Sachsen sind als Candidaten zum Norddeutschen Reichstage aufgestellt: 1. Wahlkreis (Zittau): Haberkorn (conservativ), Niebel (national-liberal); 2. (Löbau): v. Thielau c., Nostig v. Aencsfeld (nl.); 3. (Bautzen): v. Salza (c.), Huske (nl.); 4. (Dresden-Neustadt): Dr. Schwarze (c.), Zubeich (nl.); 5. (Dresden-Alstadt): Adermann (c.), Pfähler (nl.), Wigard radical; 6. (Tharand): Dr. Schaffrath (nl.), Auerwald Vassallean.; 7. (Reichen): v. Behmen (c.); 8. (Pirna): Reuning c., Schred (nl.); 9. (Freiberg): Sachse (c.), Krüger (nl.); 10. (Waldheim): Dehmichen-Chorren (c.), Riethammer (nl.); 11. (Lichau): Günther (c.); 12. (Leipzig): von Burgsdorff (c.), Dr. Stephani (nl.), Winter (r.), Dr. Reinde (Arbeiterpartei); 13. (Landbezirk Leipzig): v. Friesen (c.), Dr. Götz (r.); 14. (Rothitz): Dr. Pause (c.), Dr. Schügenmeister (nl.); 15. (Frankenberg): v. Könnery (c.), Dr. Blum (nl.), Weiß (r.); 16. (Chemnitz): Hülse (c.), Ludwig (nl.), Dr. Faucher (liberal), Försterling (r.); 17. (Glauchau): Pögel (nl.), Debel (r.); 18. (Zwickau): v. Schimpf (c.), Schrapf (r.); 19. (Stollberg): Liebkecht (r.); 20. (Ehrenfriederodorf): Eli Evans (Demokrat); 21. (Annaberg): Dr. Veistner (nl.); 22. (Reichenbach): Heubner (nl.); 23. (Plauen): Wamren (nl.).

Wie schon du mit uns hierhin! So lang es vorgestern im Herzen Verer, welche sich des großen Glendes der durch den furchtbaren Brand verarmten Menschen in Johanneurgensstadt erinnern, zu deren theilweiser Abhilfe der Gesangverein Liedertafel mit Unterstützung des Trenklerschen Musikchors auf der Terrasse des Waldschloßes ein Concert gab. Als wolle auch der Himmel seinen Theil dazu thun, so spendete er das beste Wetter, welches nun auch nicht verwehrt, einen so reichen, so äußerst zahlreichen Besuch zu bewirken, daß die schon gestern erwähnte große Summe an das Hilfscomite abgefordert werden kann. Bis auf den letzten Platz dicht bei der Quelle, wo Lichtes und Braunes fließt, war Alles besetzt, ein reicher, prächtiger Damenstolz umrahmte die Tische, und nur mit Mühe konnte es den dienstfertigen Geistern gelingen, das Material an ihre Auftraggeber zu bringen. Neben dem trefflich executirten Instrumental-Sägen wurden die Männerchöre unter Direction des Liedertafelmeisters Herrn Fr. Reichel höchst ergötzt und brillant gesungen und niancirt. Namentlich erfreute sich eine neue Composition von Aug. Horn, „Waldlieb“, eines lebhaften Applauses, der sich zum Hervorruf des anwesenden Componisten steigerte, welchem Wunsch aber derselbe in seiner bescheidenen Weise nicht genügt. Diejenigen, welche allerdings nicht rechtzeitig einen Platz in der Nähe des Orchesters genommen, mußten zum übergroßen Theil dem Genuße, den sanglichen Theil zu hören, entsagen. Doch um Allen etwas zu bieten, um, wie es schien den Dank für die bedeutende Theilnahme den Zuhörern auszudrücken, wurden nach Beendigung des Programms Seiten des Vereins vom Balcon der Restauration, gegenüber dem Orchester, noch einige Lieder gesungen, welche eben so beifällig, wie die vom Trenklerschen Chor hinzugefügten Piecen aufgenommen wurden.

Essentielle Sitzung der Stadtverordneten am 28. August. Der Vorsitzende theilt einen Erlaß des Justizministeriums mit, welcher sich auf den an dasselbe gestellte Ersuchen bezieht, es möchte Verordnung erlassen, daß nach Einführung der neuen Gerichtszeit für die ersten Nachmittagsstunden nicht Termine angesetzt und Parteien zum Erscheinen an Gerichtsstelle vorgeladen würden. Das Justizministerium antwortet, daß es das Bezirksgericht und die Gerichtsämter Dresdens angewiesen habe, diesen Antrag der Gemeindevertretung Dresdens, soweit es sich als thunlich erweise, zu berücksichtigen. Verschiedene Privatpersonen und Corporationen, wie der Handwerkerverein, der Gewerbeverein, der Vorstand der Kaufmannschaft und die Innungsbäcker haben sich an den Stadtrath mit der Bitte gewendet, einen Platz für das Aufstellen und Abladen von Waaren und Gütern Wagen zu errichten. Der Stadtrath beabsichtigt den südlichen Theil des Antonplatzes zu diesem Zwecke zu verwenden und abzufastern zu lassen; er bittet das Collegium 3622 Thlr. für die Pflasterung zu bewilligen. Das Collegium verwies die Sache an die Verfassungsdeputation. Der Stadtrath hat von den Richter'schen Erben das denselben gehörige Grundstück in der kleinen Plauen'schen Gasse für 29,000 Thlr. erworben, genehmt in dasselbe die II. Bürgerschule zu verlegen, und die Räumlichkeiten derselben für die II. Bezirkschule zu verwenden. Das Collegium wird um seine Zustimmung gebeten. — Stadtr. Bruner hat den Antrag gestellt, eine Revision und eine Statististik der Gehalte sämtlicher städtischer Beamten vorzunehmen. Die Finanzdeputation erstattete durch den Antragsteller Bericht. Der bedeutendste Gehalt habe Verhältnisse bei nach dem frühern Gehalt normirten Gehalten städtischer Beamten im Hinblick auf die gesteigerten Lebensbedürfnisse zur Folge gehabt. Deswegen sei auch eine große Anzahl von Gehältern erhöht oder Zulagen gewährt worden. Es beständen aber noch viele Stellen, wo der Gehalt der alte geblieben sei. Der Wunsch der Inhaber solcher Stellen ginge auf Erhöhung ihres Einkommens, und daher läme die sich steigende Anzahl von Anträgen auf Erhöhung. Diese Anträge würden einzeln beraten, und dadurch ginge die Uebersichtlichkeit über das Ganze verloren, es träte eine Systemlosigkeit ein. Darum empfehle sich ein Normalestat mit Ausbesserung nach gewissen Dienstjahren mit bestimmten Procentsätzen. Die Finanzdeputation beantragt, der Stadtrath solle die etatmäßigen Gehalte sämtlicher städtischer Beamten zusammenstellen, etwaige persönliche Zulagen anführen, Vorschläge machen wegen Abänderung von zu niedrig dotirten Stellen, und sich über Erhöhung der Gehalte nach einer gewissen Reihe von Dienstjahren nach festzustellenden Procentsätzen äußern, bis dahin sollen aber alle Anträge auf Gehalterhöhung unberücksichtigt gelassen werden. Hr. Wigard schließt sich zwar dem Antrage an, fügt aber, daß damit stille und bereits laut geordnete Wünsche nach Verbesserung der Gehalte Nahrung erhalten werden; man werde gewiß auch die Erhöhung der Stadtrathstellen beantragen. Mit dem Principe der Dienstalterszulagen sei er einverstanden, er hätte aber im Antrage gern noch einen Punkt aufgenommen gesehen; man solle auch um Auskunft über die Zahl der Beamten und deren volle Verwendung bitten. Ihm sei die authentische Mittheilung geworden, daß die eine oder andere Stelle doch wohl etwas zu wenig zu thun habe, und daß eine Verminde rung mancher Stelle, ohne Nachtheil für den Dienst, eintreten könne. Sein Grundsatz sei, man beschränke die Zahl der Beamten, aber dotire sie gut, und verlange von den gut dotirten Beamten, daß sie ihre ganze Zeit auf den städtischen Dienst verwenden. Nach einigen Bemerkungen der Statistikerin und der Anger wurde der Deputationsantrag angenommen. — Auf Vorschlag der Finanzdeputation (Hr. Kleppstein) bewilligte man Herrn Dr. Höpfer für geleistete Streberleistung des Herrn Dr. Ehl eine Gratification von 50 Thlrn., und lehnte den Stadtrathlichen Vorschlag, die Emeritirungsfondsbeiträge des Archidiaconus an der Kreuzkirche auf die Parochialcasse zu übernehmen, mit Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ab. — Sodann bewilligte man 307 Thlr. zu Reparaturen im neuen Kreuzschulgebäude, sprach aber das Bedauern aus, daß jetzt schon so beträchtliche Reparaturen vorgenommen werden müßten. Die Hauptreparatur besteht im Umsetzen, resp. Herstellung von 6 (doch vermuthlich von 5) aus schlechten) Fenstern. — Die Fortsetzung des Mietverhältnisses für Schulzwecke in den Häusern 4 und 5 der Wettinstraße mit 500 Thlrn. pro Jahr fand Billigung. — Vor zwei Jahren wurde bereits ein Theil des Ehrlich'schen Stiftsgartens zum Bau einer neuen Bezirkschule aussersehen, und die Stadtverordneten gaben dazu ihre Zustimmung. Ueber den Kaufpreis wurde man nicht einig, da das Cultusministerium verlangte, der Stadtrath solle den ganzen Garten kaufen. Jetzt ist es einverstanden, daß nur zwei Parzellen von der Stadtgemeinde zum Preise von 23,215 Thlrn. erworben werden. Die Zahlungsbedingungen sind günstig, zum 1. Februar 1868 soll die Uebergabe erfolgen und der Bau beginnen. Deshalb schlägt auch die Finanzdeputation (Hr. Riß) vor, mit Berücksichtigung einiger ausgeführten Punkte die Zustimmung zu erteilen. Stadtr. Gregor spricht sein Befremden aus, daß man einen Platz für eine Schule wähle, der ungesund sei, wie könnten Kinder dort gedeihen, wo die Pflanzen in dem jetzt dort befindlichen Garten kränkelt und nicht gedeihen, er müsse daher gegen die Deputation stimmen. Ref. entgegnet, warum habe Vorredner denn nicht früher, als es sich um den Platz gehandelt habe, diese Bedenken, die nicht einmal sichhaltig seien, vorgebracht, auch Schmidt I. spricht gegen Gregor, und sucht die Bedenken desselben wegen der ungesunden Lage zu heben. Der Deputationsantrag wird angenommen. — Die Debatte über diesen Punkt war nur ein kleines Klänkergeflüster gegen denjenigen, welche sich über das Communicat des Stadtraths, die Erweiterung der Alstädter Gasanstalt betreffend, entspann. Seit langer Zeit ist es nicht so lebhaft zugegangen, der Vorsitzende sah sich zu wiederholten Malen genöthigt, zur Rüksicht zu ermahnen und gefällere Ausdrücke als unparlamentarisch zu bezeichnen. Stadtr. Hartwig erstattete Bericht. Vor etwa 6 Wochen bewilligten die Stadtverordneten zum Bau eines neuen Gasometers in der Alstädter Fabrik 90,000 Thaler. Dieser Gasometer ist für Aufbewahrung von 100,000 Kubfuß Gas bestimmt und soll auf dem Areal der jetzigen Fabrik an der

Stiftstraße erbaut werden. Die Glode kommt 28 Ellen und das Geläube 25 Ellen von der Straße. Der Stadtrath begann mit der Ausführung, das Bassin wurde graben. Gegen diesen Bau ist nun ein großer Theil der Adjacenten und Besitzer benachbarter Grundstücke eingekommen und haben dieselben nach abfälliger Bescheidung von Seiten des Stadtraths sich an die Kreisdirection gewendet. In der Bescheidenschrift sind alle die Uebelstände aufgezählt, welche der Erbauung entgegenstehen, Gefahr in Bezug auf Gesundheit und Leben, Schädigung der in der Nähe Besitz habenden Einwohner in Bezug auf Vermögen, Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften, namentlich des Gewerbegesetzes, seitens des Stadtraths u. Die Kreisdirection hat den Stadtrath aufgefordert, Bericht zu erstatten, und auch bereits angedeutet, es sei kaum zweifelhaft, daß die in Rede stehende Erweiterung als eine wesentliche nach § 34 des Gewerbegesetzes angesehen werden müsse und es daher wohl vorzuziehen sei, die Arbeiten vor der Hand einzustellen, ehe der Stadtrath sich einer schweren Verantwortung aussetze. Darauf hin hat der Stadtrath geantwortet, die Beschwerde sei gegenstandslos, denn der Bau des Gasometers habe noch nicht begonnen, sondern nur die Herstellung eines Bassins, es sei aber auch die Erbauung des Gasometers keine Erweiterung, denn es sei nur ein Magazin, ein Gasbehälter, aber nicht eine Vermehrung der Gasbereitungsöfen, und in Bezug auf diese sei im Gesetz gemeint, daß vorher Bekanntmachung erlassen werden müsse. In der Bescheidenschrift seien eben so viele Irrthümer wie Behauptungen enthalten. Nicht das in Neustadt fabricirte Gas solle hier aufbewahrt werden, sondern nur dasjenige, was die Lehen der Alstädter Fabrik erzeugten. Die Gefährlichkeit von Gasometern bestehe nicht; die Erfahrung habe gezeigt, daß die Nähe einer Gasanstalt wohl etwas Unangenehmes, aber nicht Gefahrdrohendes sei. Die Brunnen würden nicht verborben, denn der Brunnen bei der Fabrik sei der beste der Umgegend und sehr gesucht. Der Stadtrath hofft, daß das Collegium diese Anschauungen theilt. Die Deputation schlägt vor: „Das Collegium erklärt, daß es vom Communicat des Stadtraths vom 21. August sammt Beilagen Kenntniß genommen, daß es bei der Bewilligung von 90,000 Thalern für einen neuen Gasometer vorausgesetzt habe, es werde seitens des Stadtraths den Bestimmungen des Gewerbegesetzes entsprochen werden, daß es aber bei etwaiger Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften alle Verantwortlichkeit, von welcher Seite sie auch an die Stadtgemeinde heran treten möge, im Voraus ablehnen müsse“. Die Debatte beginnt Stadtr. Gregor mit einer Wippilla gegen den Stadtrath; Redner nimmt sich der Bescheidenschrift an und meint, das Wort des früheren Stadtraths Meißel sei das richtige, die Gasanstalt gehöre dahin, wo die Kohlen gebrochen werden. Stadtr. Anger vertheidigt das Verfahren des Stadtraths, bezeichnet mehrere Angaben der Bescheidenschrift als unwahr und ist der Meinung, daß die Wählerereien gegen die Gasanstalt nur eine Nebensache seien; daß sich Gregor habe aufstacheln lassen, bedauere er sehr. Dagegen vermahnt sich Gregor im Laufe der Debatte auf das Entschiedenste. Stadtr. Fröhner möchte gern über die Möglichkeit einer Gefahr Beruhigung haben, was Herr Morand in ausführlicher, überzeugender Weise hinsichtlich der Gasometer darlegt. Für den Stadtrath sprechen noch Linnemann, Adler II., Schmidt I., welcher den Antrag stellt, dem Stadtrath zu eröffnen, daß man dießfalls sein Einverständnis mit seinem Vorgehen hinsichtlich dieses Baues erkläre. Für die Deputation ergreifen noch das Wort Heder, Adler I., Krippendorf, Adv. Kayser und Dr. Wigard. Letzterer weist namentlich darauf hin, daß es sich nur darum handle, eine Reserve auszusprechen wegen Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften Seiten des Stadtraths, im Uebrigen halte man ja sei an der Bewilligung und auch am Platze. Nach einer hitzigen Debatte zwischen Adv. Krippendorf und Anger wurde das Deputationsgutachten gegen 7 Stimmen angenommen. — Zum Schluß kam noch der während der Sitzung gestellte Antrag Dr. Schulzes zur Berathung, welcher dem Reichstagsabgeordneten für Alt- und Friedrichstadt, Dresden auf die Dauer des Reichstags pro Tag 5 Thlr., demjenigen des vierten Wahlbezirks aber einen in Verhältnis zur Zahl der Wähler in Neustadt stehenden Kostenbeitrag aus städtischen Mitteln gewähren will. Advocat Krippendorf glaubt, daß ein solcher Antrag nicht vor das Forum der Stadtverordneten gehöre, denn es sei keine städtische Angelegenheit. Advocat Bruner giebt Zweifel nach dieser Richtung hin zu, aber die Bürger seien bei der Entwicklung des Norddeutschen Bundes ganz wesentlich betheilig. Die betreffende Bestimmung in der Verfassung des Bundes sei höchst beklagenswerth, er weise aber darauf hin, daß Bismard gegen die Frage, ob es erlaubt sei, in einzelnen Fällen den Abgeordneten mit freiwilligen Beiträgen unter die Arme zu greifen, Nichts einzuwenden gehabt habe. Auch in Köln sei ein ähnlicher Antrag gestellt worden. Advocat Kayser beantragt Ueberweisung des Antrags an die Verfassungs- und Finanzdeputation, welche zum Beschluß erhoben wird, nachdem noch

ben für die II. Bezirkschule zu verwenden. Das Collegium wird um seine Zustimmung gebeten. — Stadtr. Bruner hat den Antrag gestellt, eine Revision und eine Statististik der Gehalte sämtlicher städtischer Beamten vorzunehmen. Die Finanzdeputation erstattete durch den Antragsteller Bericht. Der bedeutendste Gehalt habe Verhältnisse bei nach dem frühern Gehalt normirten Gehalten städtischer Beamten im Hinblick auf die gesteigerten Lebensbedürfnisse zur Folge gehabt. Deswegen sei auch eine große Anzahl von Gehältern erhöht oder Zulagen gewährt worden. Es beständen aber noch viele Stellen, wo der Gehalt der alte geblieben sei. Der Wunsch der Inhaber solcher Stellen ginge auf Erhöhung ihres Einkommens, und daher läme die sich steigende Anzahl von Anträgen auf Erhöhung. Diese Anträge würden einzeln beraten, und dadurch ginge die Uebersichtlichkeit über das Ganze verloren, es träte eine Systemlosigkeit ein. Darum empfehle sich ein Normalestat mit Ausbesserung nach gewissen Dienstjahren mit bestimmten Procentsätzen. Die Finanzdeputation beantragt, der Stadtrath solle die etatmäßigen Gehalte sämtlicher städtischer Beamten zusammenstellen, etwaige persönliche Zulagen anführen, Vorschläge machen wegen Abänderung von zu niedrig dotirten Stellen, und sich über Erhöhung der Gehalte nach einer gewissen Reihe von Dienstjahren nach festzustellenden Procentsätzen äußern, bis dahin sollen aber alle Anträge auf Gehalterhöhung unberücksichtigt gelassen werden. Hr. Wigard schließt sich zwar dem Antrage an, fügt aber, daß damit stille und bereits laut geordnete Wünsche nach Verbesserung der Gehalte Nahrung erhalten werden; man werde gewiß auch die Erhöhung der Stadtrathstellen beantragen. Mit dem Principe der Dienstalterszulagen sei er einverstanden, er hätte aber im Antrage gern noch einen Punkt aufgenommen gesehen; man solle auch um Auskunft über die Zahl der Beamten und deren volle Verwendung bitten. Ihm sei die authentische Mittheilung geworden, daß die eine oder andere Stelle doch wohl etwas zu wenig zu thun habe, und daß eine Verminde rung mancher Stelle, ohne Nachtheil für den Dienst, eintreten könne. Sein Grundsatz sei, man beschränke die Zahl der Beamten, aber dotire sie gut, und verlange von den gut dotirten Beamten, daß sie ihre ganze Zeit auf den städtischen Dienst verwenden. Nach einigen Bemerkungen der Statistikerin und der Anger wurde der Deputationsantrag angenommen. — Auf Vorschlag der Finanzdeputation (Hr. Kleppstein) bewilligte man Herrn Dr. Höpfer für geleistete Streberleistung des Herrn Dr. Ehl eine Gratification von 50 Thlrn., und lehnte den Stadtrathlichen Vorschlag, die Emeritirungsfondsbeiträge des Archidiaconus an der Kreuzkirche auf die Parochialcasse zu übernehmen, mit Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ab. — Sodann bewilligte man 307 Thlr. zu Reparaturen im neuen Kreuzschulgebäude, sprach aber das Bedauern aus, daß jetzt schon so beträchtliche Reparaturen vorgenommen werden müßten. Die Hauptreparatur besteht im Umsetzen, resp. Herstellung von 6 (doch vermuthlich von 5) aus schlechten) Fenstern. — Die Fortsetzung des Mietverhältnisses für Schulzwecke in den Häusern 4 und 5 der Wettinstraße mit 500 Thlrn. pro Jahr fand Billigung. — Vor zwei Jahren wurde bereits ein Theil des Ehrlich'schen Stiftsgartens zum Bau einer neuen Bezirkschule aussersehen, und die Stadtverordneten gaben dazu ihre Zustimmung. Ueber den Kaufpreis wurde man nicht einig, da das Cultusministerium verlangte, der Stadtrath solle den ganzen Garten kaufen. Jetzt ist es einverstanden, daß nur zwei Parzellen von der Stadtgemeinde zum Preise von 23,215 Thlrn. erworben werden. Die Zahlungsbedingungen sind günstig, zum 1. Februar 1868 soll die Uebergabe erfolgen und der Bau beginnen. Deshalb schlägt auch die Finanzdeputation (Hr. Riß) vor, mit Berücksichtigung einiger ausgeführten Punkte die Zustimmung zu erteilen. Stadtr. Gregor spricht sein Befremden aus, daß man einen Platz für eine Schule wähle, der ungesund sei, wie könnten Kinder dort gedeihen, wo die Pflanzen in dem jetzt dort befindlichen Garten kränkelt und nicht gedeihen, er müsse daher gegen die Deputation stimmen. Ref. entgegnet, warum habe Vorredner denn nicht früher, als es sich um den Platz gehandelt habe, diese Bedenken, die nicht einmal sichhaltig seien, vorgebracht, auch Schmidt I. spricht gegen Gregor, und sucht die Bedenken desselben wegen der ungesunden Lage zu heben. Der Deputationsantrag wird angenommen. — Die Debatte über diesen Punkt war nur ein kleines Klänkergeflüster gegen denjenigen, welche sich über das Communicat des Stadtraths, die Erweiterung der Alstädter Gasanstalt betreffend, entspann. Seit langer Zeit ist es nicht so lebhaft zugegangen, der Vorsitzende sah sich zu wiederholten Malen genöthigt, zur Rüksicht zu ermahnen und gefällere Ausdrücke als unparlamentarisch zu bezeichnen. Stadtr. Hartwig erstattete Bericht. Vor etwa 6 Wochen bewilligten die Stadtverordneten zum Bau eines neuen Gasometers in der Alstädter Fabrik 90,000 Thaler. Dieser Gasometer ist für Aufbewahrung von 100,000 Kubfuß Gas bestimmt und soll auf dem Areal der jetzigen Fabrik an der